



Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

Solide Haushalte in Europa

Drucksache 18/ 623

Der Landtag wolle beschließen:

1. Solide Haushaltspolitik auf allen staatlichen Ebenen in Europa ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Wachstumspolitik und sorgt für Generationengerechtigkeit. Der europäische Fiskalpakt sorgt mit klaren Regeln dafür, dass der Weg in die Stabilitätsunion konsequent umgesetzt wird. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf, ihre bisherige Position zu revidieren und dem Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages auf Bundesebene zuzustimmen.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, auf Bundes- sowie europäischer Ebene jegliche Politik abzulehnen, die eine gesamtschuldnerische Haftung von Schulden z.B. durch Eurobonds oder einen europäischen Fonds für Altschulden fordert. Ebenso darf es keinesfalls eine EU-Steuer geben, da das Recht zur Steuererhebung allein bei den Mitgliedstaaten liegt.
3. Alle öffentlichen Haushalte stehen unter enormem finanziellen Druck. Die Europäische Union muss sich deshalb, genau wie alle ihre Mitgliedsländer auch, der Haushaltsdisziplin verpflichten. Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt daher ausdrücklich, dass die Planungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 eine kritische Überprüfung und eine Reduktion von Aufgaben und Ausgaben vorsehen und fordert die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen für eine Annahme dieses Vorschlages einzusetzen.
4. Eine qualitätsorientierte und gezielte Verwendung von EU-Mitteln muss auch bedeuten, dass diese flexibel eingesetzt werden können. Sollte sich während der sieben Jahre zeigen, dass bestimmte Mittel nur zögerlich von den EU-Mitgliedsstaaten abgerufen werden und andere Aufgaben größere Dringlichkeit erhalten, müssen EU-Mittel flexibel umgewidmet und dort eingesetzt werden können, wo sie gebraucht werden.
5. Als problematisch erachtet der Landtag die aus den Ratsverhandlungen vom 07./08. Februar 2013 resultierende Lücke zwischen Verpflichtungs- und Zah-

lungsermächtigungen. Dadurch läuft der EU-Haushalt Gefahr, in eine Schuldenfalle getrieben zu werden.

6. Abschließend fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass sich die künftigen EU-Haushalte an der Europa 2020-Strategie ausrichten und klare Schwerpunkte bei der Förderung von Innovationen, einer wissensbasierten Wirtschaft, Bildung und Forschung sowie der Regionalförderung liegen. Auch künftig sollen europäische Mittel für die Förderung des Tourismus und der Kultur verwendet werden dürfen, soweit daraus neue Arbeitsplätze geschaffen oder bestehende dauerhaft gesichert werden. Bei der gemeinsamen Agrarpolitik ist darauf zu achten, dass es keine Umschichtungen von der ersten in die zweite Säule gibt.

Dr. Ekkehard Klug
und Fraktion